

**2018-3**  
MIDEM-Bericht

# DIE WAHL ZUM SCHWEDISCHEN REICHSTAG 2018

VON ANNA-SOPHIE HEINZE

**Zitervorschlag:**

*Heinze, Anna-Sophie* 2018: Die Wahl zum Schwedischen Reichstag 2018, MIDEM-Bericht 2018-3, Dresden.

# INHALTSVERZEICHNIS

	<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	4
1.	<b>SCHWEDISCHES WAHL- UND PARTEIENSYSTEM</b>	4
2.	<b>WELCHE ROLLE SPIELTE DIE ‚FLÜCHTLINGSKRISE‘?</b>	6
3.	<b>WAHLERGEBNISSE IM EINZELNEN</b>	11
4.	<b>AUSBLICK</b>	13
	<b>LITERATURVERZEICHNIS</b>	15
	<b>AUTORIN</b>	18
	<b>IMPRESSUM</b>	19

## ZUSAMMENFASSUNG

Die **Sozialdemokratische Arbeiterpartei (S)**, welche traditionell die stärkste Kraft in Schweden ist, gewinnt erneut die Wahlen zum Schwedischen Reichstag 2018 mit einer relativen Mehrheit von 28,3 %. Damit muss die bisherige Regierungspartei unter Stefan Löfven deutliche Stimmenverluste hinnehmen. Im Wahlkampf hatten die Sozialdemokraten unter anderem eine strengere Einwanderungs- und Asylpolitik gefordert.

Die **Moderate Sammlungspartei (M)**, angeführt von Ulf Kristersson, wurde mit 19,8 % erneut stärkste Kraft im bürgerlichen Lager. Zu den Gewinnern gehören die **Schwedendemokraten (SD)**, die mit 17,5 % ihr bislang bestes Wahlergebnis holen konnten. In den Wahlumfragen hatte die von Jimmie Åkesson geführte Partei teilweise sogar den ersten Platz belegt.

Daneben ziehen erneut fünf weitere Parteien ins Parlament. Am drastischsten ist der Absturz der **Grünen (MP)**. Als Koalitionspartner mussten sie diesmal sogar seit Langem wieder um den Sprung über die Vier-Prozent-Hürde bangen. Ähnliches gilt für die **Liberalen (L)** und die traditionell schwachen **Christdemokraten (KD)**. Dahingegen konnten **Zentrumspartei (C)** und **Linkspartei (V)**, die die bisherige Regierung toleriert hatte, vergleichsweise deutlich zulegen.

In Schweden werden traditionell Minderheitsregierungen innerhalb der politischen ‚Blöcke‘ gebildet. Aufgrund der Wahlergebnisse wird sich die **Regierungsbildung** diesmal als **schwierig** gestalten, da kein Block eine ausreichende Mehrheit auf sich vereinen kann, alle Parteien aber eine direkte **Zusammenarbeit** mit der **SD ausgeschlossen** haben. Denkbar ist die Bildung einer weiteren Minderheitsregierung – entweder unter Rot-Grün oder den bürgerlich-liberalen Allianzparteien, wobei die SD **Königsmacher** werden könnte – oder die erstmalige Bildung einer blockübergreifenden Koalition.

Im Wahlkampf war das Thema **Migration erstmals zentral**. Während bislang eher sozioökonomische Fragen im Vordergrund standen, rangierte das Thema Immigration neben Gesundheit und Bildung in den Top 3 der für die Bevölkerung wichtigsten Themen. Davon profitierten ganz klar die Schwedendemokraten, die das Thema Immigration/Asyl für sich entdeckten und zu ihrem Steckenpferd machten. Mittlerweile sind Moderate sowie Sozialdemokraten in ihren Forderungen und ihrer Rhetorik deutlich nach rechts gerückt.

## 1. SCHWEDISCHES WAHL- UND PARTEIENSYSTEM

Schweden wird – wie seine nordischen Nachbarn Dänemark, Norwegen und Finnland – als eine spezifische Form der „konsensualen Demokratie“ charakterisiert, das heißt das Land ist von einem hohen Grad an politischem und gesellschaftlichem Konsens, Pragmatismus im parteipolitischen Wettbewerb sowie Einbeziehung breiter gesellschaftlicher Interessen in den politischen Entscheidungsprozess geprägt (Jochem 2012: 49; s. auch Arter 2006; Lijphart 1999). Das schwedische Parlament, der *Riksdag*, besteht seit 1971 aus einer Kammer (ebd.: 83). Die 349 Abgeordneten werden in allgemeinen Wahlen bestimmt, wobei landesweit eine 4%-Sperrklausel existiert. Aufgrund der relativen Offenheit des politischen Systems gelingt es auch kleineren Parteien relativ leicht, Mandate zu erlangen, sodass meist viele Parteien im Parlament vertreten sind (bis 1985 fünf Parteien, 1988 sechs, 1991-2006 sieben, seit 2010 acht). Die Anzahl der Parteien steigt also auch in Schweden und damit auch die potenzielle Anzahl der möglichen Koalitions- bzw. Verhandlungspartner (ebd.: 51). **Bedeutsame Anreize für politische Verhandlungen ergeben sich auch dadurch, dass in Schweden seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Minderheitsregierungen die Regel darstellen („negativer Parlamentarismus“, d.h. der Ministerpräsident hat keine Mehrheit gegen sich). Bislang hielten sich**

**diese streng an die Blockbildung, das heißt die Zuordnung der politischen Parteien in ein linkes und ein bürgerliches Lager.**

### „EINGEFRORENES“ PARTEIENSYSTEM BIS IN DIE 1970ER JAHRE

Im Zeitalter der ‚eingefrorenen‘ Parteiensysteme dominierte in Schweden lange – ähnlich wie in den anderen nordischen Ländern – ein klassisches Fünf-Parteien-System (Jochem 2012: 96). Dabei bildet die (v.a. bis in die 1990er-Jahre) traditionell starke sozialdemokratische Arbeiterpartei zusammen mit der Linkspartei den ‚linken‘ Flügel des Parteienspektrums und die (konservative) Moderate Sammlungspartei, die Liberalen und die Zentrumspartei den ‚bürgerlichen‘ Flügel. Wie in anderen europäischen Ländern entstanden die Parteien hier entlang gesellschaftlicher ‚Konfliktlinien‘ (s. Lipset/Rokkan 1967). Im Rahmen der nordischen Staatsbildungen etablierten sich zuerst konservative und liberale Parteien, welche ihre Dominanz aber später an die Sozialdemokraten abgeben mussten (Jochem 2012: 93). Die sozialdemokratische Arbeiterpartei entstand entlang der Konfliktlinie Arbeit-Kapital und konnte sich – begünstigt durch die ökonomische Situation im Norden, die die Industrialisierung auch in dünner besiedelten Gegenden ermöglichte – auf städtische *und* ländliche

### Glossar: Abkürzungen der politischen Parteien

<b>C</b>	<i>Centerpartiet (Zentrumspartei)</i>
<b>FI</b>	<i>Feministiskt initiativ (Feministische Initiative)</i>
<b>KD</b>	<i>Kristdemokraterna (Christdemokraten)</i>
<b>L</b>	<i>Liberalerna (Liberaler)</i>
<b>M</b>	<i>Moderata samlingspartiet (Moderate Sammlungspartei)</i>
<b>MP</b>	<i>Miljöpartiet de gröna (Umwertpartei Die Grünen)</i>
<b>NyD</b>	<i>Ny Demokrati (Neue Demokratie)</i>
<b>S</b>	<i>Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens)</i>
<b>SD</b>	<i>Sverigedemokraterna (Schwedendemokraten)</i>

Arbeiter ausrichten und früh im Reichstag etablieren (ebd.: 95). Dabei profitierte sie auch von der Ausweitung der Arbeiterbewegungen und konnte auch durch deren Spaltung (durch die kommunistische Revolution) nicht in ihrer dominanten Position gefährdet werden (ebd.: 95f.). Seit den 1930er-Jahren führten die Sozialdemokraten mit nur wenigen Unterbrechungen die überwiegende Anzahl der Minderheitsregierungen in Schweden an (ebd.: 106). Als eine Besonderheit aller nordischen Länder gründeten sich zur Zeit der industriellen Revolution um die Frage der Einführung landwirtschaftlicher Schutzzölle dezidierte Bauernparteien, welche sich später programmatisch neu orientieren mussten und sich – so zumindest in Schweden – in „Zentrumsparteien“ umbenannten (ebd.: 94f.). Zudem wurden die Konflikte Zentrum-Peripherie und Staat-Kirche schon früh durch die Reformation und die Einführung von Staatskirchen entschieden, sodass sich christdemokratische Parteien erst relativ spät gründeten und – so auch in Schweden – nie den Status von Volksparteien erreichen konnten (ebd.: 94).

Die dänische ‚Erdbebenwahl‘ 1973 beendete im Norden die Vorstellung vom stabilen, ‚eingefrorenen‘ Parteiensystem schlagartig: Die traditionellen fünf Parteien konnten nur noch 63 % der Stimmen auf sich vereinen und sechs neue Parteien zogen in das Parlament ein (ebd.: 98). Obwohl eine solche ‚Eruption‘ in Schweden ausblieb, wurde das Fünfparteiensystem auch dort schrittweise untergraben, vor allem durch die Gründung christdemokratischer (1964), grüner (1981) und rechtspopulistischer Parteien (Ny Demokrati 1991, Schwedendemokraten 1988).

#### ZERFALL DER SOZIALDEMOKRATISCHEN HOCHBURG

In dieser Hinsicht ist auch Schweden nicht von der zunehmenden gesellschaftlichen Differenzierung und Entkoppelung der Bürger von den politischen Parteien verschont geblieben (*dealignment*) (ebd.: 51). Vor allem die sozialdemokratische Hochburg Schwedens scheint sich – ähnlich wie in Dänemark und Norwegen – zunehmend aufzulösen. Begünstigt wird dieser Wandel durch die Konkurrenz neuer linker wie rechter Parteien (ebd.: 106), wengleich die Abwanderung von Stammwählern

an rechtspopulistische Parteien für die Sozialdemokraten noch schmerzhafter ist als der Verlust von Stimmen an linke Parteien, da dem bürgerlichen Lager so tendenziell in die Regierung geholfen wird (Bale et al. 2010: 411). Das bürgerliche Lager hatte sich vor der Reichstagswahl 2006 aus strategischen Gründen zusammen gefunden und konnte als *Allianz für Schweden* (bestehend aus den Moderaten, den Liberalen, der Zentrumspartei und den Christdemokraten) die Regierungsverantwortung übernehmen (Jochem 2012: 88f.).

**Für den größten Wirbel im schwedischen Parteiensystem sorgten in den letzten Jahren die Schwedendemokraten (SD), welche sich aus strategischen Gründen mehrfach wandelten und ihre Wahlerfolge stetig verbessern konnten. Sie gingen 1988 als direkter Nachfolger aus der faschistischen Schwedenpartei (einer Fusion der schwedischen Fortschrittspartei mit der Bewegung *Bewahrt Schweden schwedisch*) hervor, schlugen jedoch mit der Zeit teilweise moderatere Töne an.** Prägend war dabei jeweils der Parteivorsitzende. So distanzierte sich die SD unter Mikael Jansson (davor C) seit 1995 von der rechtsextremen Neonaziszene und stellte sich als eine progressiv-nationalistische, euroskeptische Bewegung dar – vergleichbar mit der Freiheitlichen Partei Österreichs, der Dänischen Volkspartei (vormals Fortschrittspartei) oder dem Front National (Klein 2013: 117). Weiterhin ordnete Jansson ein Uniformierungsverbot und die Abmilderung bzw. Streichung einiger provokanter Abschnitte im Parteiprogramm an (z.B. Todesstrafe, Abtreibungsverbot, Verbot der Adoption von Kindern aus nicht-europäischen Herkunftsländern) (Rydgren 2006: 184). Zwar führte der weichere Kurs zu heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen und Abspaltungen, doch konnte die SD ihren Stimmenanteil kontinuierlich verbessern (1998: 0,4 %; 2002: 1,4 %; 2006: 2,9 %). Seit 2005 setzte der bis heute amtierende Parteivorsitzende, Jimmie Åkesson, jenen Kurs fort: Um der Partei zu einem professionelleren, legitimen Image zu verhelfen und eine breitere Wählerklientel anzusprechen, tauschte die SD ihr Parteilogo, eine Fackel in den schwedischen Nationalfarben, in eine blau-gelbe Anemone, und distanzierte sich vom Front National, von dem die Partei in den 1980er Jahren finanzielle Mittel erhalten hatte (Jungar 2015: 194). Als Vorbild nannte Åkesson häufig die Dänische Volkspartei (Bauer 2010: 3).

#### SCHWEDENDEMOKRATEN ERSTMALS 2010 IM PARLAMENT

Bei den Wahlen 2010 gelang der SD erstmals der Einzug in den Reichstag (5,7 %, 20 Mandate). Da dadurch weder eine bürgerliche noch eine linke Koalition die notwendige Mehrheit der Stimmen erreichte, rückte die SD nach 22 Jahren als Randerscheinung unweigerlich ins Zentrum der politischen Debatte. Ihr Parteisekretär, Björn Söder, bot daraufhin die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen an, sein Vorschlag stieß jedoch auf breite Ablehnung (Klein 2013: 123f.). In der gesamten Legislaturperiode wiesen alle politischen Parteien jegliche Zusammen-

arbeit mit der SD zurück und bildeten stattdessen ein breites Ausgrenzungsbündnis (*cordon sanitaire*) (s. Heinze 2018). Dennoch konnte die SD ihren Stimmenanteil in den darauffolgenden Parlamentswahlen mehr als verdoppeln und wurde drittstärkste Kraft im Parlament (12,9 %, 49 Mandate). Da daraufhin erneut weder das linke noch das bürgerliche Lager eine Mehrheit fand und eine blockübergreifende Koalition nach wie vor undenkbar war, erlangte die SD ein enormes Erpresungspotenzial (Jungar 2015: 188f.). Beinahe wäre die daraufhin gebildete rot-grüne Minderheitsregierung an der Verabschiedung des Haushaltes zerbrochen, hätten sich die anderen Parteien nicht im Rahmen des sogenannten Dezemberabkommens darauf verständigt, dem größten Block die exekutive Gewalt und seinen Haushalt zu gewähren (notfalls durch Enthaltung der Opposition) (ebd.: 197). Obwohl jene Übereinkunft eigentlich bis 2022 gelten sollte, kündigte die Opposition sie bereits zehn Monate später auf, ohne jedoch die Regierung zu stürzen. Man versuchte damit, der anhaltenden Kritik an dem als „undemokratisch“ geltenden Abkommen sowie der Selbstdarstellung der SD als „Märtyrer der Demokratie“ entgegenzutreten (Klein 2013: 124). Zugleich wurden in jener Legislaturperiode die Rufe lauter, die SD als „normalen“ politischen Gegner zu akzeptieren (ebd.).

## 2. WELCHE ROLLE SPIELTE DIE ‚FLÜCHTLINGSKRISE‘?

Lange Zeit war die politische Agenda in Schweden von sozioökonomischen Fragen dominiert und das Thema Immigration wurde nicht so stark politisiert wie etwa

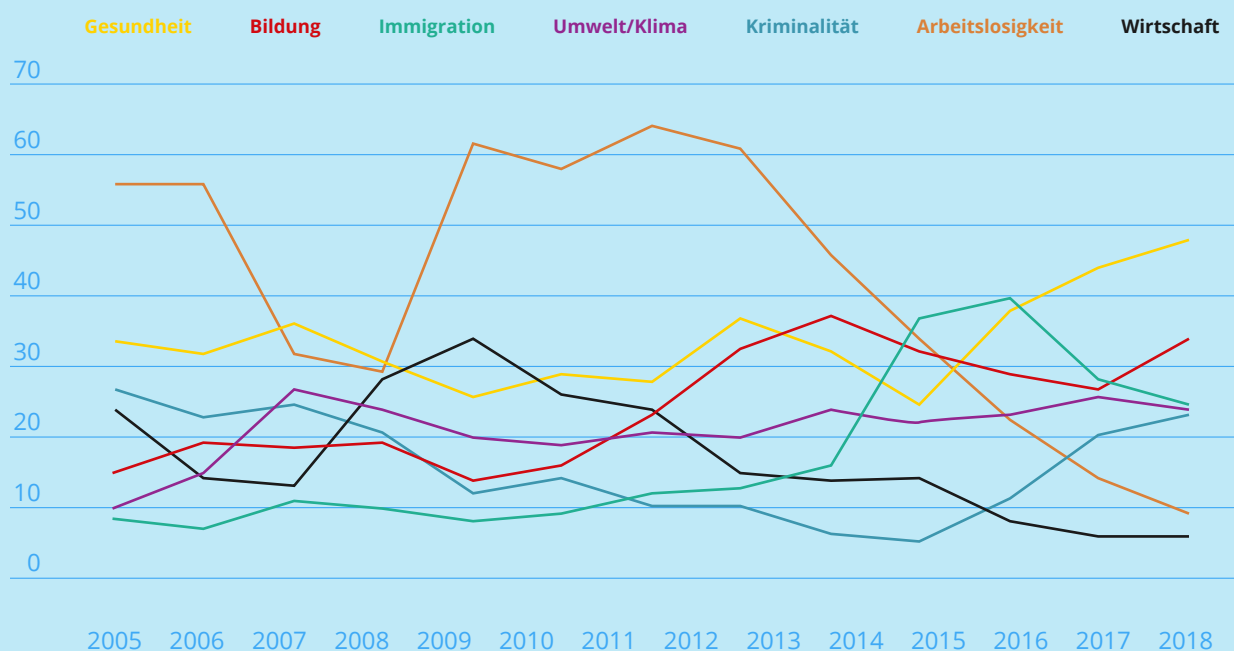
in Dänemark (Rydgren 2006: 187). Auch in den letzten Wahlkämpfen spielte Immigration eine untergeordnete Rolle und musste anderen Themen weichen, 2014 etwa der hohen (Jugend-)Arbeitslosigkeit und den Privatisierungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich (Röver 2014: 2). Generell wurde Arbeitslosigkeit von 2009 bis Mitte 2015 stets als das wichtigste Thema eingestuft (s. Abb. 1).

Dies sollte sich nun ändern: Im Wahlkampf 2018 spielte Immigration erstmals eine zentrale Rolle, wenn auch nicht die größte. Zwar hatte das Thema bereits Ende 2015 Arbeitslosigkeit als wichtigstes Politikfeld abgelöst, doch verlor es danach wieder an Relevanz (s. Abb. 1). 2018 war Immigration erstmals vor einer Parlamentswahl in den Top 3: Laut Eurobarometer war das Thema im März das drittwichtigste nach Fragen der Gesundheitsversorgung und Bildung. In Umfragen des SVT im April und August landete es sogar knapp auf Platz zwei vor dem Bildungswesen (Novus 2018c).

### SCHWEDENDEMOKRATEN WIRD BEI MIGRATION DIE GRÖSSTE KOMPETENZ ZUGESCHRIEBEN

Interessant ist dabei, dass ca. ein Drittel (31 %) der Befragten der Auffassung war, dass die Schwedendemokraten im Bereich Einwanderung/Integration die beste Politik vertreten (s. Abb. 2). Von den zehn wichtigsten politischen Themen wurde den Sozialdemokraten in fünf die größte Lösungskompetenz zugeschrieben (Gesundheit, Schule/Bildung [gemeinsam mit L], Altenpflege, Arbeit, Rente), den Moderaten in drei (Recht und Ordnung, Wirtschaft, Verteidigung), den Grünen nur im

Abb. 1: Wichtigste Themen in Schweden



Quelle: Europäische Kommission 2018c / Eigene Darstellung

Bereich Umwelt/Klima, und die Liberalen teilten sich den ersten Platz im Bereich Schule/Bildung mit den Sozialdemokraten. Damit waren die fünf wichtigsten Fragen in der Hand von fünf verschiedenen Parteien.

**Wie vielen anderen rechtspopulistischen Parteien auch, ist es den Schwedendemokraten in den letzten Jahren gelungen, eine Verbindung zwischen wohlfahrts- und migrationspolitischen Fragen herzustellen.** Während man sich selbst als „sozialkonservative“ Partei bezeichnet (Mattern 2018b), warf man der Regierung vor, Geld für eine „verfehlte Migrationspolitik“ auszugeben, das an anderer Stelle fehle (Hermann 2018; s. auch Åkesson in einer Parlamentsdebatte Anfang Juli: „Wohin willst du das Geld investieren – in die Wohlfahrt oder in die Einwanderung?“ - Mattern 2018a). In Talkshows trat Åkesson in der Rolle des strengen Anwalts der besorgten Schweden auf und trug die Verfehlungen seiner Gegenüber vor (Mattern 2018b). Seine Lösungsvorschläge in Kurzform: Flüchtlingen in ihren Herkunftsländern helfen, die Rückkehr von Asylsuchenden forcieren, den Integrationsdruck auf Migranten verstärken, kriminelle Migranten rasch abschieben und ein Referendum zum EU-Austritt (ebd.). Zudem reaktivierte Åkesson im Wahlkampf den Begriff des *Folkhemmet* (Volksheim) (Mattern 2018a). Dieser wurde in den 1930er-Jahren von dem Sozialdemokraten Per Albin Hansson geprägt und umschreibt ein Gesellschaftsbild, bei dem Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit im Vordergrund stehen (z.B. Übereinkunft der Vertreter der Gewerkschaften und Arbeitgeber 1938, die sich verpflichteten, ihre Konflikte gemäßigt auszutragen). Aus Sicht der Schwedendemokraten haben die Sozialdemokraten durch „Zersplitterung und Segregation“ (gemeint ist ihre Migrationspolitik) die Idee des *Folkhemmet* verraten (ebd.).

## SOZIALDEMOKRATEN UNTER DRUCK

Die Strategie der Schwedendemokraten schien von Erfolg gekrönt: In einer Umfrage gaben 25 % der Mitglieder des Dachverbands der Gewerkschaften LO an, die Partei wählen zu wollen (Mattern 2018a). Von den verbliebenen sozialdemokratischen Wählern forderten vier von fünf eine weitere Verschärfung im Bereich Migrationspolitik (ebd.). Dies setzte die Sozialdemokraten enorm unter Druck, da sie zum einen als regierungstragende Partei für die Immigrations- und Integrationspolitik verantwortlich gemacht wurden und zum anderen zunehmend um ihre Wählerklientel im gewerkschaftlichen Milieu fürchten mussten. Daraufhin verschärfte die Sozialdemokraten die Migrationspolitik in der Regierungsarbeit (zusammen mit den Grünen) sowie ihre Wahlversprechen und -rhetorik.

**Vorausgegangen war ein deutlicher Anstieg der Asylanträge, deren Zahl im Herbst 2015 mit ca. 163.000 einen Höhepunkt erreichte. Seit 2013 kamen ca. 350.000 Asylsuchende nach Schweden mit seinen gut 10 Millionen Einwohnern.** Ende 2015 verkündete die Regierung ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Senkung der bisher geltenden Standards der schwedischen Asylpolitik (z.B. nur noch Vergabe von auf drei Jahre befristeten Aufenthaltserlaubnissen sowie erschwerter Familiennachzug). Offizielles Ziel war es, Schweden als Zufluchtsland weniger attraktiv zu machen und den Zuzug neuer Asylbewerber so weit wie möglich zu senken. Zugleich können die Maßnahmen als ein Versuch gedeutet werden, der SD Protestpotenzial zu entziehen. Tatsächlich fielen die Asylbewerberzahlen nach jener immigrationspolitischen Verschärfung im Jahr 2017 signifikant auf ein Acht-Jahres-Tief von 25.666 (s. Abb. 3).

Abb. 2: Kompetenzzuschreibungen der politischen Parteien bei den wichtigsten zehn Fragen in Prozent

	M	L	C	KD	S	V	MP	SD
Gesundheit	10	4	4	5	22	9	1	10
Einwanderung/Integration	9	3	6	2	15	10	2	31
Schule/Bildung	11	19	2	1	19	7	3	7
Recht und Ordnung	26	4	2	1	19	5	2	17
Arbeit/Arbeitslosigkeit	19	2	5	1	25	5	1	8
Altenpflege	6	2	3	11	17	11	1	11
Wirtschaft	26	2	3	0	25	5	1	7
Rente	9	2	2	6	22	9	0	11
Umwelt/Klima	7	2	17	1	6	6	29	5
Verteidigung	22	7	2	2	21	4	1	10

Quelle: Novus 2018a / Eigene Darstellung

### KEHRTWENDE DER SOZIALDEMOKRATEN IN DER EINWANDERUNGSPOLITIK

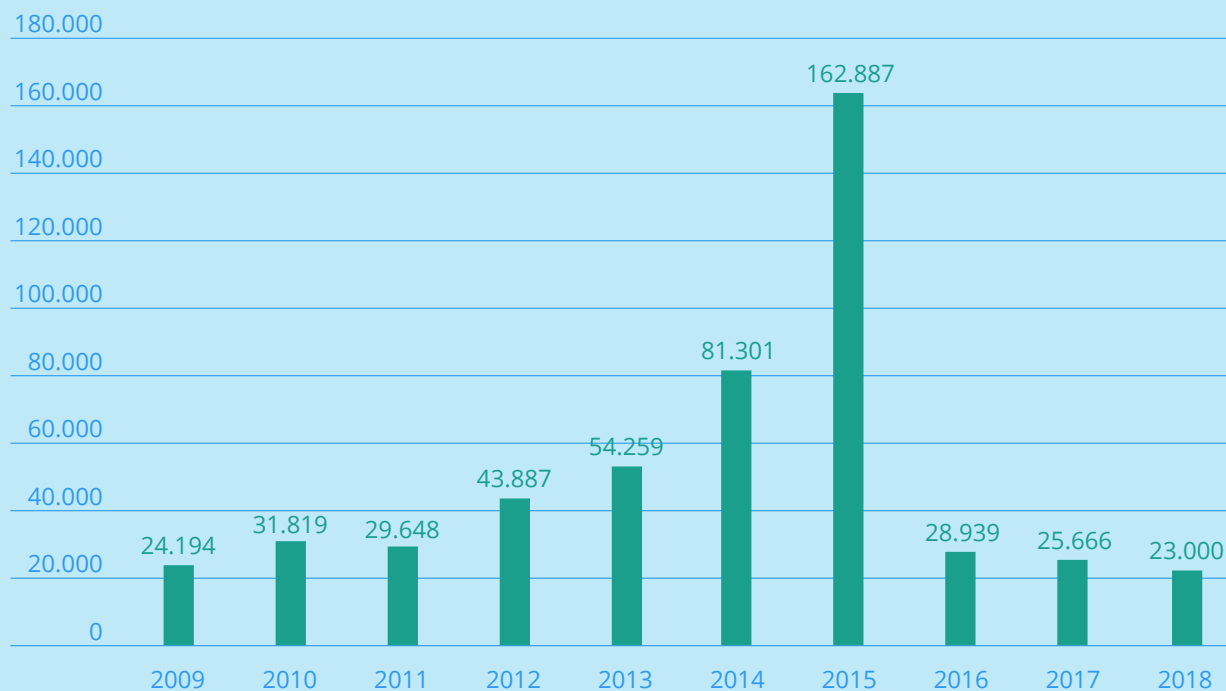
Auch im Wahlkampf verschärften die Sozialdemokraten deutlich ihren Ton und ihre Forderungen: Während Ministerpräsident Stefan Löfven noch zweieinhalb Jahre zuvor die breite Öffnung seines Landes für Flüchtlinge mit dem Satz „Mein Europa braucht keine Mauern“ begründet hatte, war in seinen Reden nun zu hören, dass offene Jobs zuerst eingesessenen Schweden zustünden und nicht „Leuten, die man von der anderen Hälfte des Planeten herbringt“ (Borchert 2018b). Allgemein versuchte seine Partei, die Zahl der Asylsuchenden drastisch zu reduzieren und im europäischen Vergleich dem Verhältnis zur eigenen Einwohnerzahl anzupassen. So forderte Schwedens Immigrationsministerin Helene Fritzon auf einer Pressekonferenz, dass Schweden zwischen 14.000 und 15.000 Asylsuchende aufnehmen solle, das hieße, nur noch halb so viele wie bisher (The Local 2018a). Obwohl die Anzahl der Asylsuchenden signifikant gesunken sei, sei sie weiterhin fast doppelt so hoch wie sie gemessen an der Bevölkerungszahl Schwedens im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sein sollte, so Fritzon (ebd.).

Anfang Mai 2018 stellten die Sozialdemokraten ihr migrationspolitisches Programm „Eine sichere Migrationspolitik für eine neue Zeit“ vor. In diesem forderten sie, dass die 2016 als „vorübergehend“ beschlossenen Restriktionen (z.B. strengere Grenzkontrollen und Beschränkungen bei der Familienzusammenführung) dauerhaft gelten sollten, bis in der EU gemeinsame Regeln gefunden würden (Wolff 2018b; Socialdemokraterna 2018). Zudem sieht das

Programm mehr Plätze in zentralen Asylunterkünften vor, wodurch eine bessere Kontrolle gewährleistet und Abschiebungen erleichtert werden könnten. Für abgelehnte Asylbewerber möchte man die Wartezeit, bis ein neuer Asylantrag gestellt werden kann, auf acht Jahre verdoppeln. Darüber hinaus wurden Forderungen laut, dass abgelehnte Asylsuchende den Anspruch auf Sozialhilfe und ihre Kinder das Recht auf Schulbesuch verlieren sollten (Wolff 2018b). Stefan Löfven stützte dies und betonte, dass abgelehnte Asylsuchende nach dem Motto „yes is yes and no is no“ primär in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollten (The Local 2018a). Wer kein Recht habe, in Schweden zu sein, dürfe auch nicht vom schwedischen Wohlfahrtsstaat profitieren. Immigrationsministerin Fritzon schrieb später auf Facebook, dass die Forderung, Kindern das Recht auf Schulbesuch zu verwehren, nicht Teil des Plans gewesen sei (ebd.). Finanzministerin Magdalena Andersson verteidigte hingegen die Einschränkung des Familiennachzugs mit der Notwendigkeit, erst einmal die Kinderarmut im eigenen Land bekämpfen zu müssen (Wolff 2018a). Fehlende Gelder in anderen Bereichen des Staatshaushalts entschuldigte sie mit hohen Kosten für die Versorgung von Asylsuchenden.

Ferner forderten die Sozialdemokraten, Neuankömmlinge stärker auf integrationsfördernde Maßnahmen zu verpflichten, die eine rasche Eingliederung in den Arbeitsmarkt ermöglichen sollen (Hermann 2018). Sie versprachen, im Falle ihres Wahlsieges das Erlernen der schwedischen Sprache Voraussetzung für den Empfang von Sozialleistungen zu machen und die Zahlen der Asylbewerber mit weiteren Restriktionen zu halbieren (Roden 2018).

Abb. 3: Anzahl der Asylanträge in Schweden; der Wert für 2018 beruht auf Schätzungen



Quelle: Migrationsverket 2018a,b / Eigene Darstellung



Passend zum Wahlkampfmotto „Eine stärkere Gesellschaft und ein sicheres Schweden“ stellten die Sozialdemokraten auch das Thema innere Sicherheit ganz oben auf ihre Wahlkampfgenda (Borchert 2018b). Ihre Forderungen umfassten härtere Strafen, 10.000 zusätzliche Polizisten, mehr Geld für das Militär, die Wiedereinführung der Wehrpflicht und eine noch engere Zusammenarbeit mit der NATO.

**Doch nicht nur die Sozialdemokraten, auch die Konservativen verschärften ihre Asylpolitik in einer fast schon panisch zu nennenden Reaktion auf die veränderten Umstände (u.a. steigende Zahl der Asylsuchenden und sinkende Umfragewerte).**

In Umfragen 2017 hatte die Moderate Sammlungspartei mit einem massiven Vertrauensverlust bei den Wählern zu kämpfen, nachdem ihre bisherige Parteivorsitzende Anna Kinberg Batra eine Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten in bestimmten Fragen nicht mehr ausgeschlossen hatte (Reimann 2017) (s. Abb. 5). Vor diesem Hintergrund trat Batra Ende August 2017 zurück und Ulf Kristersson, früherer Minister für Soziales und wirtschaftspolitischer Sprecher, wurde am 1. Oktober auf einem kleinen Parteitag zum neuen Parteivorsitzenden gewählt (Bauer/von Bremen 2017: 1). In seiner ersten Rede als Parteivorsitzender beschwor Kristersson nicht nur innerhalb seiner Partei Geschlossenheit, sondern auch innerhalb der gesamten bürgerlichen Allianz für Schweden (ebd.). Außerdem betonte er, dass im kommenden Wahlkampf nicht die ‚klassischen‘ Themen wie Arbeitsmarkt oder Wirtschaft im Mittelpunkt stehen würden, sondern unter anderem Migration und soziale Sicherheit. Ferner wurde auf dem Parteitag über verschiedene Positionen zu Migration, Europa und Sicherheit diskutiert. Dabei offenbarten sich innerhalb der Allianzparteien (d.h. zwischen den liberalen und konservativen Flügeln) vor allem Unterschiede in der Asyl- und Migrationspolitik, und auch innerhalb der Moderaten Sammlungspartei wurde um eine einheitliche Position gerungen. So forderte Kristersson Reformen in der Sozialhilfe, zum Beispiel, dass sich Migranten schrittweise für den Bezug von Sozialleistungen qualifizieren müssten, anstatt diese unmittelbar zugesichert zu bekommen (ebd.: 1f.). Ein zentrales Thema für die Parlamentswahlen sollte die (bessere) Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt sein (u.a. von Niedrigqualifizierten, die aufgrund der starken Gewerkschaften bislang besonders schwer in Arbeit zu bringen sind) (ebd.: 2; s. auch Arvidsson 2014). Darüber hinaus wollten sich die Moderaten im Wahlkampf klar von den Schwedendemokraten abgrenzen, vor allem mit Blick auf Europa: Hier wollten sie ganz klar gemeinsame europäische Werte und Positionen vertreten und auch die Einheit der Union betonen (ebd.). Zugleich forderten sie, dass Europa in Zukunft mehr Führungsverantwortung im Bereich Sicherheit übernehmen sollte (z.B. stärkere europäische Kooperation in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik) (ebd.).

Auch in seiner Weihnachtsrede schlug Kristersson deutlich schärfere Töne an als Fredrik Reinfeldt, früherer Parteivorsitzender (2003-15) und Ministerpräsident (2006-14), der 2014 in einer berühmt gewordenen Rede an die schwedische Bevölkerung appellierte, für die Zuwanderer ihre „Herzen zu öffnen“. Stattdessen sprach Kristersson im Dezember 2017 von drei zentralen Punkten, um Schwedens „Problem“ mit der Integration zu lösen: In Schweden arbeiten die Menschen, sprechen Schwedisch und gelten schwedische Gesetze (The Local 2017). Im Rahmen der jüngsten Attacken gegenüber Juden in Schweden sprach Kristersson auch über Antisemitismus und betonte, wie wichtig es sei, jede Form von Hasskriminalität zu verurteilen, egal ob von „einheimischen Nazis“ oder „Immigranten aus dem Nahen Osten“.

**ANNÄHERUNG AN DIE SCHWEDENDEMOKRATEN**

Die schärferen Töne der Sozialdemokraten wie auch der Moderaten klingen sehr nach dem, was die Schwedendemokraten seit Jahren fordern. Nachdem sich die Parteien von rechts bis links bisher im Hinblick auf die Asylpolitik einig waren, ist diese Front nun zerbrochen. Während die Konservativen den Schwenk der Sozialdemokraten begrüßten, da er den Weg zu einer gemeinsamen asylpolitischen Linie zwischen Sozialdemokraten und den Mitte-Rechts-Parteien ebnete, kritisierten ihn die Grünen und die oppositionelle Linkspartei scharf (Wolff 2018b; The Local 2018a). Auch die eigene Basis konnte die sozialdemokratische Parteispitze mit ihrer verschärften migrationspolitischen Rhetorik nicht überzeugen; vielmehr öffnete sich ein innerparteilicher Graben, da einige Vertreter auf lokalpolitischer Ebene eine relativ offene Migrationspolitik weiterführen wollten (Hermann 2018). Einige ihrer aktiven Mitglieder weigerten sich, für die Partei Wahlkampf zu führen, und von den Jungsozialisten über den Frauenverband bis zu den christlichen Sozialdemokraten distanzieren sich alle Arbeitsgemeinschaften vom Schwenk der Parteiführung in die neue Richtung (Wolff 2018a). Darüber hinaus ließen sich auch die Wähler nicht vom U-Turn der beiden großen Parteien überzeugen, und so schossen die Unterstützungswerte für die Schwedendemokraten in Umfragen weiter in die Höhe (s. Abb. 4).

Tatsächlich waren die Sozialdemokraten wie auch die Moderaten der Sachdebatte um Immigration und Integration lange aus dem Weg gegangen, sodass der Schwenk für viele unglaublich war. Die Schwedendemokraten konnten das Thema hingegen frühzeitig für sich beanspruchen. Es ist jedoch nicht der Fall, dass immigrationspolitische Fragen bisher noch nie in Schweden aufgekommen seien oder Immigrations-skepsis ein völlig neues Phänomen wäre. Stattdessen wurde in der Vergangenheit immer wieder eine restriktivere Immigrations- und Integrationspolitik gefordert; die Rhetorik verschärfte sich („rather the tone has gone in waves“) (Roden 2018; s. auch Heinze 2018). So

erfuhr die Einwanderungsfrage zum Beispiel Anfang der 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre einen Aufschwung (Rydgren 2006: 174). 1992 (als Ny Demokrati sich auf ihrem politischen Zenit befand) befürworteten 65 % der Wähler eine Reduzierung der Asylbewerberzahlen, und das Thema Immigration wurde von 25 % unter den drei wichtigsten Themen eingestuft (ebd.). Danach nahmen beide Trends jedoch rasch wieder ab. Erst 2002 stieg der Anteil einwanderungskritischer Wähler wieder auf 55 % und Immigration wurde von 19 % der Befragten zu den vier wichtigsten Themen gezählt (ebd.). Jedoch stellte sich das Thema Immigration weder für die Wählerschaft als besonders wichtig heraus noch wurde es politisiert (ebd.: 175). Auch in den nachfolgenden Wahlkämpfen war es – wie bereits erwähnt – nicht zentral.

**MEHRHEITLICH POSITIVE EINSTELLUNGEN  
GEGENÜBER EINWANDERUNG**

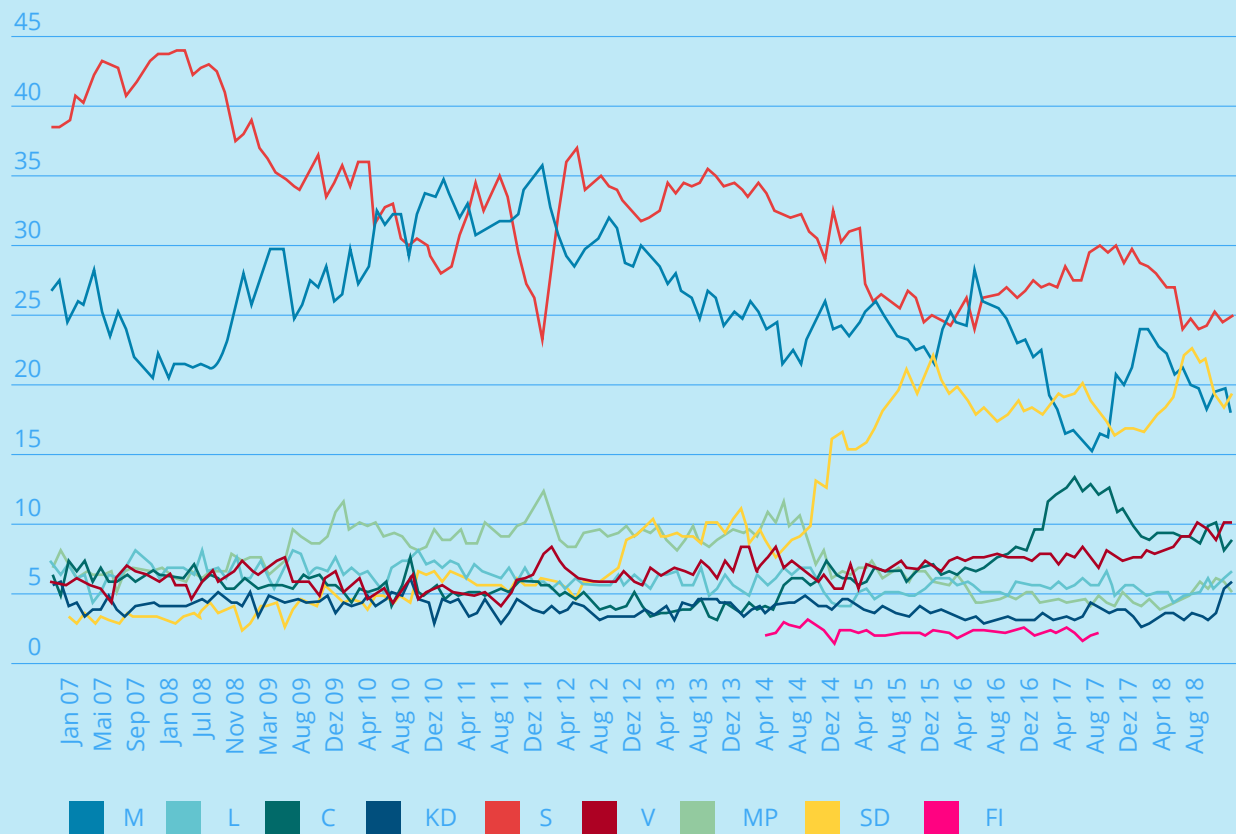
Auch zwischen 2014 und 2016 änderte sich die Einstellung zu Immigration in Schweden nicht so signifikant wie die öffentliche Debatte hätte vermuten lassen (Delmi 2018: vii). Anstelle eines drastischen Wandels wurden diejenigen, die schon vorher eher positiv gegenüber Immigration eingestellt waren, sogar noch etwas positiver, während diejenigen, die zuvor eher negativ

eingestellt waren, noch etwas negativer wurden (ebd.: viii). Generell sind Schweden positiver eingestellt gegenüber Immigranten aus kulturell nahen Regionen (z.B. nordische Länder, andere EU-Länder, Nordamerika) als gegenüber Einwanderern aus Afrika oder dem Mittleren Osten (ebd.: viif.). Dennoch müssen diese Werte im Verhältnis gesehen werden: So haben Schweden insgesamt eher positive Einstellungen gegenüber Immigration als negative und erwarten durch Immigration auch eher positive Folgen als negative (ebd.). Dies bestätigen auch Werte des Eurobarometer: So haben Schweden signifikant häufiger ein positives Bild von Immigranten aus Nicht-EU-Ländern als der EU-Durchschnitt (Europäische Kommission 2018a).

**MEDIALE INSTRUMENTALISIERUNG**

Interessant ist, dass das Thema Immigration die mediale Berichterstattung in Schweden trotzdem teilweise dominierte, etwa nachdem in Malmö Mitte Juni 2018 drei Männer bei einer Schießerei auf offener Straße getötet wurden (Mattern 2018b). Nach Polizeiangaben handelte es sich um eine Abrechnung unter Banden. Obwohl über die Herkunft der Täter nichts bekannt war, verknüpfte Åkesson die Schießerei mit der Migrationsfrage und sprach von der „Folge gescheiterter Integrationspolitik“ (ebd.). Die Schwedendemokraten behaupten seit vie-

Abb. 4: Umfrageergebnisse der politischen Parteien von 01/2007 bis 08/2018 in Prozent



Quelle: Novus 2018b / Eigene Darstellung

len Jahren, dass Zuwanderer Schweden in ein Paradies für Kriminelle verwandeln würden und fordern dagegen den Einsatz des Militärs (Borchert 2018a). Letzteres wollte auch Regierungschef Löfven „nicht ausschließen“, während sein konservativer Herausforderer Kristersson versuchte, mit polemischen Vergleichen wie „Wir haben in unseren Städten zehnmal so viele Schießereien wie in Deutschland“ aufzutumpfen (ebd.; Mattern 2018b).

Auch dies nützte den etablierten Parteien recht wenig, und so lagen die Schwedendemokraten in Umfragen am 29. Juni 2018 nur 2,1% hinter den Sozialdemokraten (24,5 %) und wurden zweitstärkste Kraft vor den Moderaten (19,8 %) (s. Abb. 4). Dahingegen verloren die Grünen (4,7 %) fast ein Drittel ihrer Wähler und mussten um ihren Einzug ins Parlament bangen. Während der linke Block (S, V, MP) nur noch 38,2 % auf sich vereinen konnte, lag der bürgerliche Block (M, L, C, KD) nur knapp dahinter (36,9 %) (die SD wird keinem der Blöcke zugeordnet). In anderen Umfragen lagen die Schwedendemokraten sogar auf Platz 1 (28,5 %), weit vor den Moderaten (17,3 %) und auch vor den Sozialdemokraten (22,0 %) (YouGov 2018). Es war deshalb nicht völlig ausgeschlossen, dass die Schwedendemokraten stärkste Kraft werden könnten. In diesem Fall wären sie jedoch isoliert: Da alle anderen Parteien eine (direkte) Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten ausgeschlossen haben, wären diese unfähig, eine Regierungs- oder Parlamentsmehrheit zu bilden.

**So stand bereits vor den Wahlen fest, dass sich die Regierungsbildung in Schweden in jedem Fall als sehr schwierig gestalten würde. Keiner der Blöcke erlangte in Umfragen eine Mehrheit. Jeder wäre jeweils auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen. Hinzu kam, dass sich die SD zwar bereiterklärt hatte, mit dem bürgerlichen oder auch dem linken Block zusammenzuarbeiten, aber keine andere Partei gewillt war, mit der SD zu verhandeln.** So waren seitens der SD etwa Stimmen vernehmbar, dass für sie eine Koalitionsregierung mit den dezimierten Sozialdemokraten in Frage käme („Wir wollen das sein, was die Sozialdemokraten für Schweden in den letzten hundert Jahren waren“) (Mattern 2018a). Zudem empfahlen sie den Sozialdemokraten, sich von den Grünen zu lösen, um gemeinsam zu regieren (Mattern 2018b). Die Sozialdemokraten schlossen eine solche Zusammenarbeit jedoch stets aus. Zugleich hatte Åkesson vor den Wahlen geäußert, er könne sich vorstellen, eine konservative Minderheitsregierung als Königsmacher zu tolerieren und Einfluss auf die Politik zu nehmen, ähnlich wie es die Dänische Volkspartei von 2001-11 und seit 2015 praktiziert (hat) (Mattern 2018a; s. auch Heinze 2018). Im Wahlkampf war Åkesson bereits „Premierminister-Kandidat“ genannt worden und hatte Kristersson zugerufen: „Wir verlangen Einfluss“ (Mattern 2018b). Dieser hatte den Vorschlag, die SD könne in Zukunft als Königsmacher fungieren, nicht zurückgewiesen, was einen entsprechenden Aufschrei nach sich zog (ebd.).

## ALLE REGIERUNGSSZENARIEN HÖCHST UNSICHER

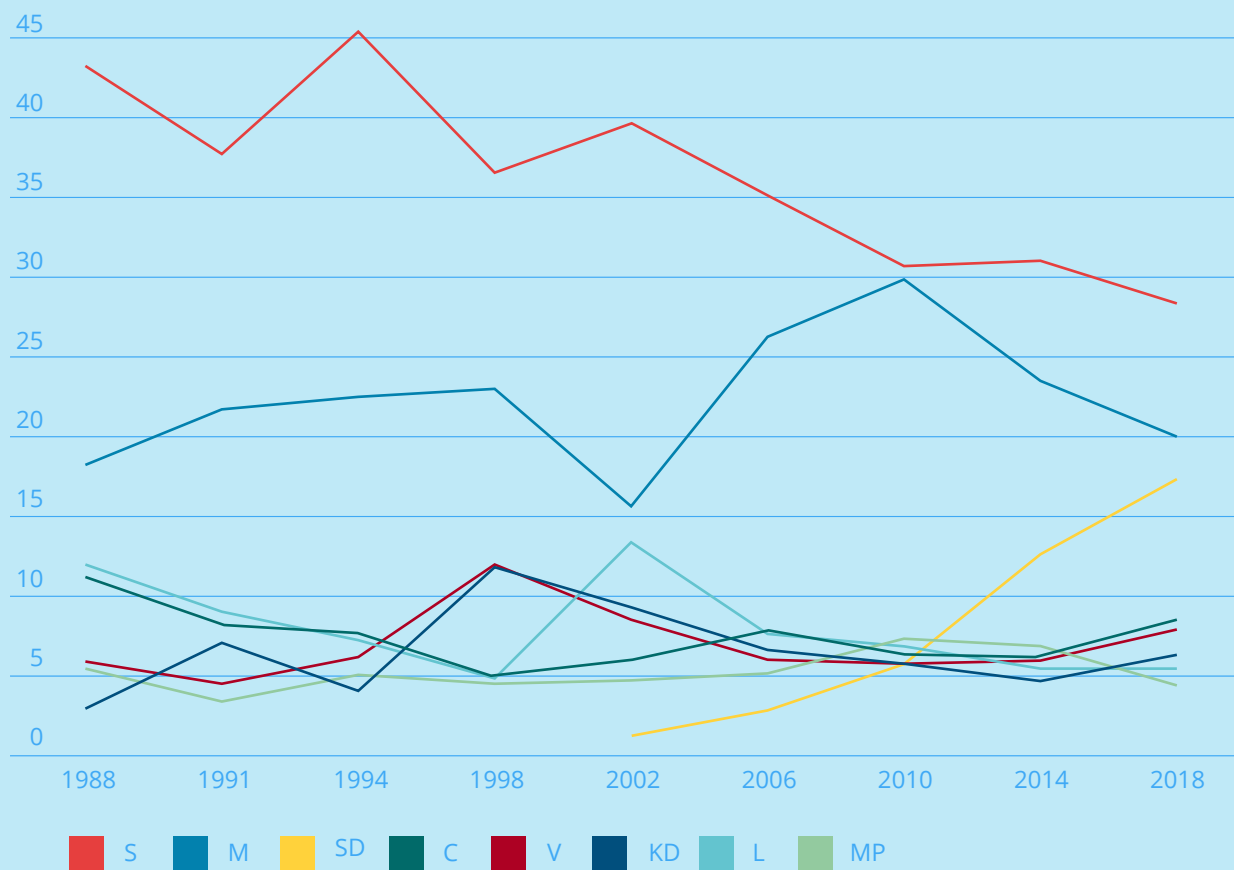
Vor den Wahlen war demnach völlig unklar, welches das wahrscheinlichste (Regierungs-)Szenario sein würde. Teilweise wurde eine weitere, noch schwächere rot-grüne Minderheitsregierung für die wahrscheinlichste Option gehalten (ebd.). Wenige Tage vor den Wahlen hatte sich Löfven für eine blockübergreifende Zusammenarbeit mit der Zentrumsparterie und den Liberalen ausgesprochen (ebd.). In dieser Hinsicht waren verschiedene Szenarien denkbar: Eine weitere, geschwächte rot-grüne Minderheitsregierung unter Löfven (toleriert von der Linkspartei, eventuell auch von der Zentrumsparterie und den Liberalen) oder eine von Kristersson geführte Regierung der Allianzparteien, die jedoch die Unterstützung der SD brauchen würde (The Local 2018b). Jedoch gab es auch hier einige Hindernisse: Nicht nur würde die SD für eine solche Unterstützung Zugeständnisse einfordern (z.B. in der Politikgestaltung oder in Form von politischen Schlüsselpositionen), auch war nicht einmal sicher, ob die Christdemokraten den Sprung ins Parlament schaffen würden (ebd.). Zudem hatte Annie Lööf, Spitzenkandidatin der Zentrumsparterie, eine jegliche Zusammenarbeit mit der SD im Wahlkampf stets ausgeschlossen. Als ein drittes Szenario könnten die Sozialdemokraten die Zentrumsparterie und Liberalen zu Koalitionsgesprächen einladen – Löfven hatte so eine Option nicht ausgeschlossen (ebd.). Sie würde jedoch das Ende der Blockbildung bedeuten (zudem müssten zuvor einige beachtliche Differenzen ausgeräumt werden, v.a. bezüglich des Haushalts).

### 3. WAHLERGEBNISSE IM EINZELNEN

Die Wahlergebnisse waren für alle etablierten Parteien ein harter Schlag. Die beiden großen Parteien verloren im Vergleich zu 2014 deutlich an Wählerstimmen, konnten ihre Positionen als stärkste und zweitstärkste Kraft jedoch verteidigen. Die kleineren Parteien verzeichneten zumindest teilweise Stimmengewinne. Wahlgewinner wurden die Schwedendemokraten, obwohl sie letztlich hinter den durch Umfragen genährten Erwartungen zurückblieben (s. Abb. 5).

Die Sozialdemokraten wurden mit 28,3 % abermals stärkste Kraft (-2,7 %). Auf der einen Seite können sie damit – mit Blick auf die Umfragen der letzten Monate und auf die ersten Prognosen nach Schließung der Wahllokale – aufatmen, auf der anderen Seite täuscht der scheinbare Wahlerfolg nicht darüber hinweg, dass das Ergebnis für sie trotzdem eine Katastrophe darstellt: Für die über hundert Jahre mit fast immer über 40 % faktisch im Alleingang regierende ‚Staatspartei‘ Schwedens (Borchert 2018b) ist es das schlechteste Ergebnis, das jemals eingefahren wurde. Offensichtlich haben ihr die Wähler den plötzlichen Schwenk in der Immigrations- und Integrationspolitik nicht abgekauft. Zudem verlor sie eine große Anzahl von Wählern an die Schwedendemokraten (s. Abb. 6).

Abb. 5: Wahlergebnisse in Schweden seit der Gründung der SD in Prozent (gerundet)



Quelle: Valmyndigheten 2018 / Eigene Darstellung

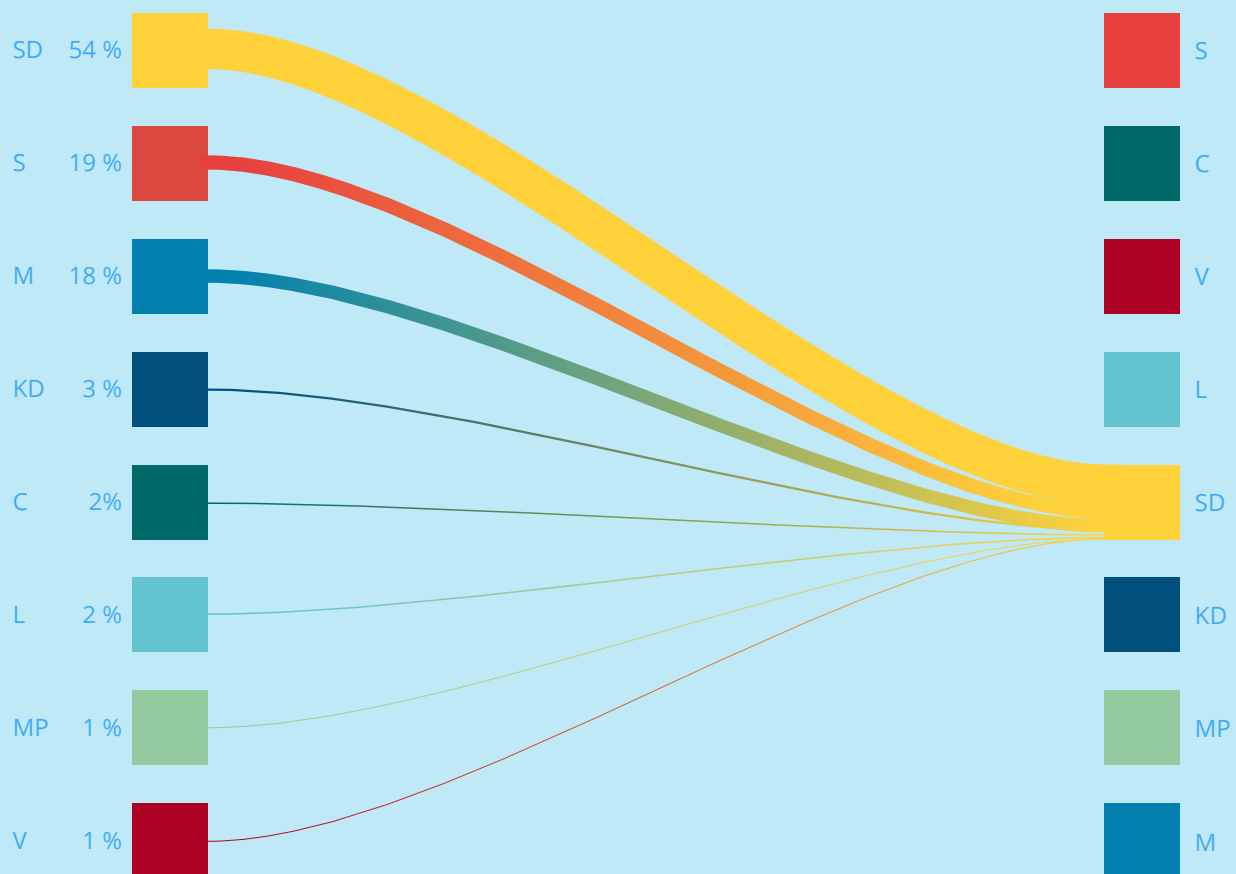
Ähnliches gilt für die Moderate Sammlungspartei: Auch sie wurde von den Wählern deutlich dafür abgestraft, dass sie in der letzten Legislaturperiode Rot-Grün tolerierte – sie wurde praktisch für alle Missstände mitverantwortlich gemacht. Im Vergleich zu 2014 verlor sie 3,5 % der Stimmen, wurde mit 19,8 % aber – entgegen zahlreicher Wahlumfragen und erster Prognosen nach Schließung der Wahllokale – dennoch zweitstärkste Kraft.

**Dahingegen konnten die Schwedendemokraten mit 17,5 % ihr bislang bestes Wahlergebnis erzielen (+4,6 %). Sie konnten davon profitieren, dass sie das Thema Immigration als erste besetzt hatten und es im Wahlkampf erstmals eine zentrale Rolle spielte. Trotz ihres guten Ergebnisses blieben die Schwedendemokraten hinter den Erwartungen zurück.** In Wahlumfragen hatte man ihnen teilweise die Position der stärksten Kraft vorausgesagt, und auch nach Schließung der Wahllokale schienen sie laut erster Prognosen mit 19,2 % die Moderaten als zweitstärkste Partei abzulösen. Die Schwedendemokraten konnten Wähler von allen Parteien abziehen, vor allem von den Sozialdemokraten (19 %, s. Abb. 6). Im Hinblick auf die Wählerstruktur zeigt sich, dass die SD vor allem von älteren Männern gewählt wurde. So entschieden sich vor allem Wähler zwischen 31 und 64 Jahren (21 %) und über 65 Jahren (19 %) für die SD (SVT 2018a). 24 % aller befrag-

ten Männer gaben an, ihr Kreuz bei der SD gesetzt zu haben – bei den Frauen waren es nur 14 %. Weiterhin entschieden sich vor allem Arbeiter (26 %) für die SD (2014 waren es nur 11 %). Dies schadete vor allem den Sozialdemokraten, die nur noch 31 % der Befragten für sich gewinnen konnten (-8 % im Vergleich zu 2014). Auch der Blick auf die Wählerwanderung zwischen den parlamentarisch vertretenen Parteien bestätigt, dass die SD von allen Parteien Wähler abziehen konnten, vor allem von den beiden großen (s. Abb. 6). Im Süden Schwedens wurde die SD in zwei Wahlkreisen erstmals stärkste Kraft (Valmyndigheten 2018).

Von den kleinen Parteien traf es die Grünen ganz besonders hart: Als bisherige Regierungspartei mussten sie deutliche Verluste einstecken (-2,5 %) und lange um den Sprung über die Vier-Prozent-Hürde bangen (4,4 %). Auch den Liberalen gelang mit 5,5 % nur knapp der Wiedereinzug ins Parlament (+0,1 %). Weniger knapp schafften es die Christdemokraten auch diesmal in den Reichstag und erlangten mit 6,3 % (+1,7 %) sogar etwas mehr Stimmen als ihnen in den meisten Umfragen zugeschrieben wurden. Über die größten Zugewinne durften sich von den kleinen Parteien die Zentrums- und die Linkspartei freuen: Während die Zentrums- und die Linkspartei sogar auf 8,6 % der Stimmen (+2,5 %) schaffte, erreichte die Linkspartei ein gutes Ergebnis von 7,9 % (+2,2 %).

Abb. 6: Wählerwanderung zu den Schwedendemokraten 2018 (ohne Nichtwähler)



Quelle: SVT 2018b / Eigene Darstellung

Insgesamt ziehen damit abermals acht Parteien in den schwedischen Reichstag ein, das schwedische Parteiensystem bleibt somit sehr zersplittert. Zudem gibt es nun statt zwei großer Parteien nur noch drei halbgroße, was die Regierungsbildung besonders erschweren wird. So vereint der linke Block nur 40,7 % der Stimmen auf sich und der bürgerliche Block 40,2 % – die Schwedendemokraten werden nach wie vor keinem Block zugeordnet.

#### 4. AUSBLICK

Wie bereits vermutet, lässt sich die Frage nach der Regierungsbildung in Schweden am besten mit den Worten beschreiben: Es wird kompliziert. Durch das gute Abschneiden der Schwedendemokraten erreicht keine der traditionellen Koalitionsmöglichkeiten, das heißt weder ein rot-grünes Bündnis, unterstützt durch die Linkspartei, noch ein liberal-konservatives Bündnis aus den vier Allianzparteien eine stabile Regierungsmehrheit. Zugleich möchte keiner der traditionellen Blöcke mit der SD koalieren oder strebt gar eine Große Koalition an. Es bleibt daher nur die Bildung einer weiteren Minderheitsregierung, so wie in Schweden eigentlich üblich. Diese wird jedoch – egal in welcher Konstellation – bei Abstimmungen im Parlament auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen sein, das heißt entweder aus dem jeweils anderen Block oder von den Schwedendemokraten. Letz-

teres möchten alle Parteien eigentlich verhindern, da die SD so zum Königsmacher werden würde. Sie könnte auf diese Weise – ähnlich wie ihre dänische Schwesterpartei – Zugeständnisse für ihre Tolerierung einfordern und die Regierung zu einer immer schärferen Immigrations- und Integrationspolitik treiben, ohne direkte Regierungsverantwortung übernehmen zu müssen.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode konnte das rot-grüne Minderheitsbündnis unter Löfven nur überleben, weil die bürgerliche Opposition jedes Misstrauensvotum und eigenes Regieren mithilfe der Schwedendemokraten ausgeschlossen hat. Für diese Praxis wurden die Moderaten bei den Wahlen jedoch deutlich abgestraft. Zudem wäre ein weiteres rot-grünes Minderheitsbündnis deutlich geschwächt, da sowohl die Sozialdemokraten als auch die Grünen deutliche Stimmenverluste zu verzeichnen haben, welche auch nicht von den Zugewinnen der Linkspartei aufgefangen werden können.

Alternativ könnte Kristersson das Amt des Ministerpräsidenten für sich beanspruchen. So hat er den bisherigen Regierungschef bereits am Wahlabend zum Rücktritt aufgefordert. Jedoch müssten die Allianzparteien in diesem Fall (zumindest indirekt in Form eines Tolerierungsmodells) mit den Schwedendemokraten kooperieren, um eine Mehrheit zu erreichen. Ob dies gelingen kann, ist unklar. Zwar

war Kristersson vor den Wahlen zunehmend von seiner einstigen Doktrin abgerückt, auf keinen Fall mit der SD zu verhandeln, und hatte eine Zusammenarbeit mit ihr weniger kategorisch ausgeschlossen als die Sozialdemokraten. Wenn es jedoch tatsächlich dazu käme, wäre dies ein harter Test für die Glaubwürdigkeit der Allianzparteien. Laut einer Umfrage vom 28. August (Ipsos) fordert ‚nur‘ ein Drittel der Wähler der Moderaten eine Koalition mit den Schwedendemokraten (Ohlin 2018). Zudem hatte sich Annie Lööf im Wahlkampf damit profiliert, auf keinen Fall mit der SD kooperieren zu wollen, wofür die Zentrumsparterie in den Wahlen deutlich Pluspunkte bekommen hat.

Nicht ausgeschlossen ist weiterhin die erstmalige Bildung einer blockübergreifenden Koalition. So könnte Löfven auch die Zentrumsparterie und Liberalen um Unterstützung bitten. Etwaige Gespräche waren 2014 zwar gescheitert, würden nun aber unter einem anderen Vorzeichen stattfinden. Nach den Wahlen schloss Löfven eine Koalition mit den Schwedendemokraten weiterhin aus und sprach sich noch am Wahlabend dafür aus, die traditionelle Koalitionsbildung in Blöcken zu überwinden: „Eines ist klar: Keine Seite hat die klare Mehrheit. Was Schweden jetzt braucht, ist die Regierungszusammenarbeit über Blockgrenzen hinweg“ (Schmiester 2018). Weiter sagte er: „Dieses Blockdenken könnte die Demokratie lähmen. Also, ganz egal, wie das endgültige Ergebnis aussieht, dieser Abend sollte die Beerdigung der Blöcke sein.“ Jedoch schien dieser Vorschlag nicht überall auf Begeisterung zu stoßen und so forderte Annie Lööf, deren Unterstützung Löfven benötigt, am selben Abend dessen Rücktritt als Ministerpräsident.

**Fest steht, dass die etablierten Parteien die Schwedendemokraten längst nicht mehr ignorieren. Selbst wenn die Partei nicht direkt mitregiert, so sind die demokratischen Parteien mittlerweile von ihrer früheren Strategie abgerückt, die Schwedendemokraten auszugrenzen. Themen und Rhetorik haben sie teilweise übernommen.** In jedem Fall wird die zukünftige Regierung die Immigrations- und Integrationspolitik Schwedens verschärfen – entsprechende Forderungen waren bei allen großen Parteien bereits im Wahlkampf zu vernehmen. Dort äußerte Kristersson zum Beispiel auch, dass er zur Flüchtlingspolitik eine „breite Übereinkunft“ unter Einschluss der Schwedendemokraten erzielen wolle (Borchert 2018b).

EU-Befürworter dürften jedoch aufatmen: Weder unter den Sozialdemokraten noch unter den Moderaten ist absehbar, dass Schweden – wie von den Schwedendemokraten gefordert – ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft Schwedens abhält. Dieses wäre im Übrigen höchstwahrscheinlich sowieso nicht von Erfolg gekrönt: So hat die Mehrheit der Schweden laut Eurobarometer ein positives Bild von der EU und ist nicht der Auffassung, dass dem eigenen Land ohne die entsprechende Mitgliedschaft eine bessere Zukunft bevorstünde. Dennoch hält die Mehrheit der Befragten Immigration/Asyl für das dringendste Problem der EU – womit sich der Kreis schließt.

## LITERATURVERZEICHNIS

*Arter, David* 2006: Democracy in Scandinavia, Manchester UP, Manchester.

*Arvidsson, Monika* 2014: Veränderungen im „Schwedischen Modell“. Gewerkschaften unter Druck, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, online verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/11060.pdf> (letzter Zugriff: am 10.09.2018).

*Bale, Tim/Green-Pedersen, Christoffer/Krouwel, André/Luther, Kurt Richard/Sitter, Nick* 2010: If You Can't Beat Them, Join Them? Explaining Social Democratic Responses to the Challenge from the Populist Radical Right in Western Europe, in: Political Studies 58:3, S. 410-426.

*Bauer, Elisabeth/von Bremen, Mikko* 2017: Schwedens Moderaterna zeigen Geschlossenheit auf dem Weg zur Parlamentswahl 2018, Länderbericht, Konrad-Adenauer Stiftung/Regionalprojekt Nordische Länder, Riga, online verfügbar unter: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_50463-544-1-30.pdf?171024131640](http://www.kas.de/wf/doc/kas_50463-544-1-30.pdf?171024131640) (letzter Zugriff: 15.08.2018).

*Bauer, Werner T.* 2010: Willkommen in der Normalität? Anmerkungen zum Wahlerfolg der rechten Schwedendemokraten (Internationale Politikanalyse), Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

*Borchert, Thomas* 2018a: Noch mehr Gift für Schwedens Wahlkampf, in: Frankfurter Rundschau vom 20.06.2018, online verfügbar unter: <http://www.fr.de/politik/schiesserei-in-malmoe-noch-mehr-gift-fuer-schwedens-wahlkampf-a-1528957> (letzter Zugriff: 14.08.2018).

*Borchert, Thomas* 2018b: Schwedens Genossen schwenken nach rechts, in: Frankfurter Rundschau vom 15.05.2018, online verfügbar unter: <http://www.fr.de/politik/zuwanderung-und-sicherheit-schwedens-genossen-schwenken-nach-rechts-a-1505506> (letzter Zugriff: 14.08.2018).

*Delmi* 2018: Attitudes toward Immigration: An Analysis of Chances and Media Effects in Sweden 2014-2016, online verfügbar unter: <http://www.delmi.se/en/publications-seminars#> (letzter Zugriff: 18.08.2018).

*Europäische Kommission* 2018a: Please tell me whether each of the following statements evokes a positive or negative feeling for you: Immigration of people from outside the EU, online verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/59/groupKy/279> (letzter Zugriff: 15.08.2018).

*Europäische Kommission* 2018b: Standard Eurobarometer 89 (März 2018), online verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/STANDARD/surveyKy/2180> (letzter Zugriff: 18.08.2018).

*Europäische Kommission* 2018c: What do you think are the two most important issues facing (our country) at the moment? - Sweden, online verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/chartType/lineChart//themeKy/42/groupKy/208/savFile/54> (letzter Zugriff: 15.08.2018).

*Heinze, Anna-Sophie* 2018: Strategies of mainstream parties towards their right-wing populist challengers. Denmark, Norway, Sweden and Finland in comparison, in: West European Politics 41:2, S. 287-309.

*Hermann, Rudolf* 2018: Schwedens Sozialdemokratie treibt nach rechts, in: Neue Züricher Zeitung vom 02.07.2018, S. 4.

*Jochem, Sven* 2012: Die politischen Systeme Skandinaviens, Springer VS., Wiesbaden

*Jungar, Ann-Cathrine* 2015: Convergence by different means: The Finns Party and the Sweden Democrats, in: Decker, Frank/Henningsen, Bernd/Jakobsen, Kjetil (Hrsg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa: die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Nomos, Baden-Baden, S. 187-204.

*Klein, Andreas M.* 2013: The End of Solidarity? On the Development of Right-wing Populist Parties in Denmark and Sweden, in: Grabow, Karsten/Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Brüssel: Centre for European Studies, S. 105-131.

*Lijphart, Arend* 1999: Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, Yale University Press, New Haven/London.

*Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein* 1967: Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction, in: Dies. (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, Free Press, New York, S. 1-64.

*Mattern, Jens* 2018a: Die rechten Schwedendemokraten wollen die richtigen Sozialdemokraten sein, in: Heise Online vom 10.07.2018, online verfügbar unter: <https://www.heise.de/tp/features/Die-rechten-Schwedendemokraten-wollen-die-richtigen-Sozialdemokraten-sein-4106620.html> (letzter Zugriff: 14.08.2018).

*Mattern, Jens* 2018b: Götterdämmerung in Schweden, in: Die Welt vom 23.06.2018, S. 7.

*Migrationsverket* [Swedish Migration Agency] 2018a: Applications for asylum received 2000-2017, online verfügbar unter: <https://www.migrationsverket.se/download/18.4a5a58d51602d141cf41038/1515076827649/Application%20for%20asylum%20received%202000-2017.pdf> (letzter Zugriff: 15.08.2018).

*Migrationsverket* 2018b: Forecast for the number of asylum seekers unchanged (17.05.2018), online verfügbar unter: <https://www.migrationsverket.se/English/About-the-Migration-Agency/For-press/News-archive/News-archive-2018/2018-05-17-Forecast-for-the-number-of-asylum-seekers-unchanged.html> (letzter Zugriff: 15.08.2018).

*Novus* 2018a: Bästa parti i politiska sakfrågor (02.-08.08.2018), online verfügbar unter: <https://novus.se/valjaropinionen/viktigaste-politiska-fragan-och-basta-parti/basta-parti-politiska-sakfragor/> (letzter Zugriff: 15.08.2018).

*Novus* 2018b: Novus/SVT 16 aug: Moderaterna tappar, online verfügbar unter: <https://novus.se/valjaropinionen/svtnovus-valjarbarometer/2018-2/> (letzter Zugriff: 18.08.2018).

*Novus* 2018c: Viktigaste politiska frågan (02.-08.08.2018), online verfügbar unter: <https://novus.se/valjaropinionen/viktigaste-politiska-fragan-och-basta-parti/viktigaste-politiska-fragan/> (letzter Zugriff: 15.08.2018).

*Ohlin, Pia* 2018: Swedish election outcome uncertain in final days of campaign, in: *The Local Sweden* vom 07.09.2018, online verfügbar unter: <https://www.thelocal.se/20180907/swedish-election-outcome-uncertain-in-final-days-of-campaign> (letzter Zugriff: 08.09.2018).

*Reimann, Anna* 2017: Ausgrenzen, anpassen, mitregieren, in: *Spiegel Online* vom 27.09.2017, online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/afd-was-man-vom-umgang-mit-rechtspopulisten-in-skandinavien-lernen-kann-a-1169708.html> (letzter Zugriff: 18.08.2018).

*Roden, Lee* 2018: IN DEPTH: The shifting sands of Sweden's immigration debate, in: *The Local Sweden* vom 26.06.2018, online verfügbar unter: <https://www.thelocal.se/20180626/in-depth-the-shifting-sands-of-swedens-immigration-debate> (letzter Zugriff: 18.08.2018).

*Röver, Corinna* 2014: Parlamentswahl in Schweden – Schwedendemokraten werden drittstärkste Kraft (Länderbericht), Konrad-Adenauer-Stiftung, Riga.

*Rydgren, Jens* 2006: Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark, in: Decker, Frank (Hrsg.), *Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 165-190.

*Schmiester, Carsten* 2018: Schweden vor schwieriger Regierungsbildung, in: *Bayrischer Rundfunk* vom 10.09.2018, online verfügbar unter: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/schweden-vor-schwieriger-regierungsbildung,R3DFFgY> (letzter Zugriff: 10.09.2018).

*Socialdemokraterna* 2018: En trygg migrationspolitik för en ny tid (04.05.2018), online verfügbar unter: <https://www.socialdemokraterna.se/aktuellt/2018/en-trygg-migrationspolitik-for-en-ny-tid/> (letzter Zugriff: 17.08.2018).

*SVT* 2018a, Väljargrupper, online verfügbar unter: <https://www.svt.se/special/valu2018-valjargrupper/> (letzter Zugriff: 13.09.2018).

*SVT* 2018b: Væljarströmmar, online verfügbar unter: <https://www.svt.se/special/valu2018-valjarstrommar/> (letzter Zugriff: 13.09.2018).

*The Local* 2018a: Swedish Social Democrats want to halve refugee numbers, in: *The Local Sweden* vom 04.05.2018, online verfügbar unter: <https://www.thelocal.se/20180504/swedish-social-democrats-aim-to-halve-refugee-numbers> (letzter Zugriff: 18.08.2018).

*The Local* 2018b: Will Sweden be able to form a government? Four possible election scenarios, in: *The Local Sweden* vom 04.09.2018, online verfügbar unter: <https://www.thelocal.se/20180904/will-sweden-be-able-to-form-a-government-four-possible-election-scenarios> (letzter Zugriff: 08.09.2018).

*The Local* 2017: Swedish opposition leader: 'In Sweden, we speak Swedish', in: *The Local Sweden* vom 15.12.2017, online verfügbar unter: <https://www.thelocal.se/20171215/swedish-opposition-leader-in-sweden-we-speak-swedish> (letzter Zugriff: 18.08.2018).

*Valmyndigheten* [Schwedische Wahlbehörde] 2018: Wahlergebnisse, online verfügbar unter: <https://val.se/> (letzter Zugriff: 10.09.2018).

*Wolff, Reinhard* 2018a: Schwedens Sozis droht die Wahlkatastrophe, in: *TAZ* vom 13.06.2018, S. 10.

*Wolff, Reinhard* 2018b: Schwedens Sozis verschärfen den Ton gegen Asylsuchende, in: *TAZ* vom 07.05.2018, S. 2.

*YouGov* 2018: SD överlägset störst i ny Yougovmätning: „Ett drömläge så här nära ett val“, in: *Metro* vom 20.06.2018, online verfügbar unter: <https://www.metro.se/artikel/sd-overlagset-storst-i-ny-yougovmätning-ett-dromläge-så-här-nära-ett-val> (letzter Zugriff: 18.08.2018).





## **AUTORIN**

### **ANNA-SOPHIE HEINZE, M.A.**

Anna-Sophie Heinze studierte Politikwissenschaft an der FSU Jena, der University of Tampere (Finnland) und der Sciences Po Lille (Frankreich). Sie ist externe Doktorandin an der FSU Jena und lehrt und forscht im Bereich Politische Systeme am Institut für Politikwissenschaft der TU Dresden. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Wahlerfolge und parlamentarischen Aktivitäten rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien sowie die Umgangsweisen etablierter Parteien mit den neuen Herausforderern.

E-Mail: [anna-sophie.heinze@tu-dresden.de](mailto:anna-sophie.heinze@tu-dresden.de)

## ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

### MIDEM untersucht:

- Krisendiskurse zu Migration und Integration.
- Populismus.
- Institutionelle Verarbeitung von Migration.
- Migration in städtischen und regionalen Kontexten.

### MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie Stellung zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

## IMPRESSUM

ISSN 2570-0715

### Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor  
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden  
*Institut für Politikwissenschaft/  
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung*  
Philosophische Fakultät  
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811  
midem@mailbox.tu-dresden.de  
www.forum-midem.de

### Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli  
Felicitas von Mallinckrodt

### Gestaltung:

Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2018

*MIDEM ist ein Forschungszentrum der Technischen Universität Dresden in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen, gefördert durch die Stiftung Mercator.*

